

**Ärzte Zeitung, 25.03.2008**

## **Die E-Card entzweit Ärzte in Nordrhein**

Vertreterversammlung will Vorstand von Alleingängen zugunsten der eGK abhalten / KV-Chef Hansen sieht Einführung nicht mehr in diesem Jahr

DÜSSELDORF (iss). Bei der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) soll der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo) nach dem Willen der Vertreterversammlung keine Alleingänge wagen. Das entschied die KVNo-Vertreterversammlung.

Entscheidungen wie die Teilnahme am so genannten 100 000er-Test der Karte sollen nur in Abstimmung mit der Vertreterversammlung und auf Grundlage einer Evaluation in der Testregion Bochum erfolgen. Den Delegierten war bei der Abstimmung über zwei entsprechende Anträge bewusst, dass ihre Forderungen rechtlich für den Vorstand nicht bindend sind. Sie wollten ihn auf diesem Weg aber in die Pflicht nehmen, keine Entscheidungen ohne Rücksprache zu fällen.

Nach Einschätzung von KVNo-Chef Hansen ist mit der Vereinbarung über die Finanzierung der Lesegeräte die wesentliche Hürde für die Einführung der eGK genommen. "Die Gesellschafterversammlung der gematik hat uns in Nordrhein das Angebot gemacht, bundesweit als erste Region mit der neuen Technik ausgestattet zu werden", berichtete Hansen. Das hätte große Vorteile für die nordrheinischen Ärzte, glaubt er. Die Geräte kämen ohne Lieferschwierigkeiten in die Praxen, und die technische Unterstützung sei optimal.

Forderungen der Delegierten sind für den Vorstand nicht verbindlich.

Da die eGK zunächst in einer Basisversion nach und nach an die Versicherten ausgegeben werden soll, sei ein sanfter Einstieg möglich. Es gebe keinen Zweifel, dass die elektronische Kommunikation kommen werde, so Hansen. "Das wird über die Zukunftsfestigkeit und Vertragsfähigkeit der Praxen entscheiden. Der Vorstand sieht es als seine Pflicht, hierfür Sorge zu tragen."

Die Diskussion dürfe nicht auf die Kostenaspekte beschränkt werden, forderte der Essener Augenarzt Dr. Ludger Wollring. "Wir stehen hier am Scheideweg beim Thema Bürger- und Patientenrechte", sagte er. Die Problematik des Datenmissbrauchs dürfe nicht vernachlässigt werden, sagte Fritz Stagge, Chirurg aus Essen. "Es geht bei der Karte um eine Frage, die die Bürger entscheiden müssen, aber die Bürger werden von der Politik belogen", kritisierte Stagge.

Solange der Sicherheitsaspekt bei der Gesundheitskarte nicht "ultimativ und unbegrenzt" geklärt sei, werde es nicht zu einer Umsetzung kommen, betonte KVNo-Chef Hansen. "In diesem Jahr wird garantiert keine einzige Gesundheitskarte über die Schwelle gehen", prognostizierte er.

Copyright © 1997-2009 by Ärzte Zeitung Verlags-GmbH